

Photovoltaik-Konkurse werden zum Kriminalfall: U-Haft verlängert

Betrugsvorwürfe gegen Firmengruppe Sun Contracting – Masseverwalter: „Völliges Chaos“

III HINTERGRUND

VON ALEXANDER ZENS



Die Erzeugung von Sonnenstrom ist zum großen Geschäft geworden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien bringt nicht nur erfolgreiche Anbieter hervor. Insolvenzen von Photovoltaikfirmen aller Art gab es zuletzt. Oft spielen Konjunktur und Förderpolitik eine Rolle.

Die Millionenpleite der Firmengruppe Sun Contracting wird hingegen zum Kriminalfall. Wie berichtet, wurden Anfang November über fünf Gesellschaften, die ihren Sitz in Linz haben, Konkursverfahren eröffnet. Auch die Muttergesellschaft in Liechtenstein ist insolvent. Vor gut zwei Wochen wurden drei Verdächtige festgenommen und in U-Haft genommen.

„Die Untersuchungshaft wurde dieser Tage vom Landesgericht für Strafsachen Wien – wie gesetzlich vorgesehen – überprüft und fortgesetzt“, teilt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) auf Anfrage mit. Die Strafprozessordnung sieht eine Haftprüfung nach zwei Wochen vor.

Sun Contracting sammelte Geld von Anlegern, um in Photovoltaikprojekte zu investieren.

Die WKStA ermittelt seit Herbst 2024. „Es wurden mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt, Daten ausgewertet, Zeugen vernommen, Telefonüberwachungen durchgeführt und letztlich Festnahmen ausgesprochen“, so die Behörde. Begonnen hatte es mit dem Verdacht des Anlagebetrugs. Mittlerweile hat sich der Tatverdacht auf die Delikte Bilanzfälschung, Untreue und betrügeri-



Liechtenstein bis Linz: Die WKStA ermittelt gegen 27 Beschuldigte, drei davon wurden festgenommen.

Symbolfoto: Colourbox

sche Krida ausgeweitet. Die WKStA ermittelt gegen 27 Beschuldigte, davon vier Verbände, die zum Firmengeflecht von Sun Contracting, aber auch Green Finance gehören. Hier gibt es Anknüpfungspunkte. Die OÖN berichteten im Mai über mutmaßliche Malversationen bei der Green-Finance-Gruppe.

20 Millionen Euro Schaden?

„Die genaue Schadenshöhe ist Gegenstand laufender Ermittlungen, wir gehen aktuell von mehr als 20 Millionen Euro Schaden aus“, so die WKStA. Geschädigt seien die Anleger, „bisher haben sich mehr als 100 von ihnen als Opfer dem Verfahren angeschlossen“. In Finanz- und Anwaltskreisen wird über insgesamt Tausende Geschädigte spekuliert.

Vorwürfe stehen einige im Raum. Drei Beispiele: Die mutmaßlichen Drahtzieher sollen eine Gesellschaft um einen Euro über-

nommen und um sechs Millionen Euro an Sun Contracting verkauft haben – finanziert aus Anlegergeldern. Von 150 Millionen Euro eingekommenen Kundengeldern seien Provisionen in Höhe von 50 Millionen Euro für den Vertrieb ausgezahlt worden. Anleger seien dazu animiert worden, ihre Lebensversicherung aufzulösen, um in Sun Contracting zu investieren.

„Beide Unternehmensgruppen haben bzw. hatten nur sehr geringe Eigenmittel und setzten bei der Finanzierung exzessiv Crowdinvesting ein“, sagt Gerhard Augustin, Konsumentenschützer der Arbeiterkammer Oberösterreich (AK) zu Sun Contracting und Green Finance. Es gehe um qualifizierte Nachrangdarlehen und Unternehmensanleihen sowie vereinzelt um Genusscheine. „Das Thema ist sehr komplex“, sagt Augustin. Leider hätten sich die von der AK schon 2014 (bezüglich der Firma

KW Karma Werte) angedeuteten Befürchtungen bei Nachrangdarlehen verwirklicht.

Die fünf zahlungsunfähigen Linzer Sun-Contracting-Firmen haben unterschiedliche Masseverwalter, zwei davon sind Eva Deutschmann und ihr Ehemann Wilhelm. „Es herrscht völliges Chaos unter den Gläubigern, vielfach ist nicht bekannt, wo sie ihre Forderungen anmelden können“, sagt Wilhelm Deutschmann: „Es wurden Anleihen bei zahlreichen Konzerngesellschaften gezeichnet, und es wurde Crowdfunding betrieben.“

Der Wiener Anwalt Johannes Zink vertritt einen der drei inhaftierten Beschuldigten und sagt: „Die Vorwürfe gegen meinen Mandanten entbehren jeglicher Grundlage.“ Bereits in der Vergangenheit habe es Ermittlungen gegeben, die stets eingestellt worden seien.

Für alle Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.



32 Millionen Reisende nutzten 2025 den Wiener Flughafen. (APA/Steinmaurer)

Flughafen Wien erzielte im Vorjahr Passagierrekord

WIEN/SCHWECHAT. Rekord in Schwechat: 32 Millionen Passagiere verzeichnete der Flughafen Wien im Vorjahr – so viele wie noch nie. Das gab das Infrastrukturministerium am Donnerstag bekannt.

„Wir blicken auf ein außergewöhnliches Jahr zurück, das alle Prognosen übertroffen hat“, sagt Infrastrukturminister Peter Hanke. Der Luftfahrtstandort Österreich sei auf einem historischen Höchststand, die Hauptstadt Wien habe internationale Strahlkraft. In Abstimmung mit dem Außenministerium wurden und werden Luftverkehrsabkommen abgeschlossen – zum Beispiel mit Äthiopien und Südkorea. Der Fokus liege auf der Luftfracht.

Am 13. Juli des Vorjahres gab es mit 4381 Flugbewegungen über Österreich auch in diesem Punkt einen Rekord. Dennoch zählte der Flughafen Wien zu den pünktlichsten in Europa. 92 Prozent der Verspätungen waren wetterbedingt.

ÜBERBLICK

Bulgarien ist Euro-Land

SOFIA. Als 21. Land hat Bulgarien seit Jahresbeginn den Euro. Der Umrechnungskurs zur Vorgängervährung liegt bei 1,96 Lew pro Euro. Während im Land teils Sorge vor höheren Preisen herrscht, weist Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, auf „Wohlstand und Sicherheit“. Nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist Bulgarien das ärmste Land in der Europäischen Union.

USA senken Zölle auf Pasta

ROM. Die USA haben vorläufig festgelegte Antidumpingzölle auf Pasta aus Italien deutlich gesenkt. Das betreffe 13 italienische Marken, teilte das Außenministerium in Rom mit. Zwischen Italien und den USA war in den vergangenen Monaten ein „Pastakrieg“ ausgebrochen. Die USA warfen Herstellern aus Italien Preisdumping vor.

BYD überholt Tesla

SHENZHEN. Der chinesische Autobauer BYD hat im Vorjahr die meisten Elektroautos weltweit verkauft. 2025 setzte das Unternehmen aus Shenzhen 2,26 Millionen reine Elektrofahrzeuge ab. Damit zogen die Chinesen deutlich am bisherigen Marktführer, dem US-Unternehmen Tesla (1,65 Millionen Fahrzeuge), vorbei.

Zu viel Milch: Molkereien senken Preise für Bauern

Größtes Unternehmen Berglandmilch reduziert auf 48 Cent – Bauernvertreter wollen Prüfung im Handel

VON ALEXANDER ZENS

LINZ/WELS. Weniger Geld für ihre Milch bekommen im Jänner die rund 8000 Lieferanten der Berglandmilch. Die größte Molkerei Österreichs mit Sitz in Wels hat den Bauern am 31. Dezember mitgeteilt, dass der Erzeugerpreis für konventionelle Milch um 3,75 Cent auf 48,01 Cent netto pro Kilogramm gesenkt wird. Die Gmundner Molkerei wird ihre rund 1800 bäuerlichen Lieferanten in den nächsten Tagen informieren. Dem Vernehmen nach dürfte es auch eine Senkung geben, ebenso bei anderen Molkereien in Österreich.

Bis Mitte 2025 waren die Preise gestiegen, bei Berglandmilch auf gut 56 Cent. Im Herbst hat das Unternehmen schon zwei Mal gesenkt, jetzt das dritte Mal. „Das ist unangenehm für die Bauern, aber es ist ein Abbild des Marktes“, sagt Berglandmilch-Chef Josef Braunshofer: „Es gibt europa- und weltweit deut-

lich mehr Rohmilch. Seit einigen Monaten ist der Druck spürbar.“ Man habe zuletzt in den Preisverhandlungen noch dagegen gehalten. Aber die Produktpreise im Handel und die Erlöse seien gesunken (wie berichtet etwa Haltbarmilch um 99 Cent, Butter um 1,39 Euro).

Als Gründe für das europa- und weltweit hohe Milchangebot gelten unter anderem die zuvor höheren Erzeugerpreise, wodurch mehr produziert wurde, und das gute Futterjahr (Menge, Qualität, Preise), was ebenfalls zu mehr Milchproduktion der Kühe führt. Dazu kommen laut dem jüngsten Milchmarkt-Bericht der Landwirtschaftskammer Oberösterreich etwa Nachzieheffekte wegen der Blauzungenkrankheit in großen europäischen Ländern, mehr teils zollfreie Exporte aus der Ukraine in den Euroraum und hohe Ausfuhren von USA und Neuseeland. Braunshofer appelliert an die Konsumenten, im Regal zu heimischen Produkten zu



Gut 20.000 Milchbetriebe in Österreich

greifen. Die Standards in Österreich seien hoch, es gebe keine industriellen „Hochleistungsturbokühe“.

Der Unabhängige Bauernverband (UBV) hat in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich im Dezember in diesem Zusammenhang einen Antrag eingebracht, der einstimmig, also auch vom VP-Bauernbund, angenommen wurde. Demnach fordert die Kammer die Bundeswettbewerbbehörde (BWB) auf, tätig zu werden. „Sie soll prüfen, ob Butter von Handelsketten unter dem je-

weiligen Einstandspreis angeboten wird“, sagt UBV-Fraktionsobmann Karl Keplinger. Abgelehnt wurde hingegen der UBV-Antrag, dass sämtliche Importe agrarischer Güter mit Ware, Menge, Herkunft und Preis in eine Transparenzdatenbank eingetragen werden sollen.

Bauernbund-Direktor Wolfgang Wallner argumentiert, dass dieser Antrag so formuliert gewesen sei, dass er eine Bürokratielawine auslösen würde. Beim BWB-Antrag habe man sich darauf geeinigt, „dass sich die BWB einzelne Produktgruppen ansehen könnte“.

Wirtschaftskammer-Handelsobmann Rainer Trefelik hält nichts von der Debatte und den Rufen nach der BWB. Der Lebensmitteleinzelhandel werde sowohl kritisiert, wenn Preise steigen, als auch wenn sie sinken. Gleichzeitig gebe es neue bürokratische Regeln. Das sei „etwas absurd“. Die Preisfestsetzung sei Sache der Unternehmen und des Wettbewerbs.